

Hannoversche Presse

Dienstag, 16. April 1968
23. Jahrg. / Nr. 89 / 30 Pf 2

Zeitung für die Landeshauptstadt

Telefon 16471 H 3481 A
Anzeigen 26571

Alliierte: Keine neue Berlin-Krise

DDR schränkt Zugang nach Westberlin ein

Bericht unserer Nachrichtendienste

BONN/BERLIN
Sprecher der Westalliierten haben am Sonntag in Bonn im Zusammenhang mit dem Durchreiseverbot der DDR für Mitglieder der Bundesregierung und leitende Ministerialbeamte darauf hingewiesen, daß die Viermächteabmachung den freien Zugang von und nach Berlin sichere und keine Ausnahme für besondere Personengruppen kenne. Das gilt nach den Worten der alliierten Sprecher für Minister und leitende Beamte ebenso wie für Mitglieder der NPd.

Der Inhalt dieser Erklärung ist das erste Zwischenergebnis der alliierten Konsultationen mit der Bundesregierung, die am Wochenende in Bonn begannen. In alliierten Kreisen sieht man in dem Vorgehen der Behörden in Ostberlin bisher nicht den Beginn einer neuen „Berlinkrise“. Es wird offenbar angenommen, daß sich die Maßnahme ohne Dramatik korrigieren läßt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, hat das Durchreiseverbot Ostberlins als Annäherung bezeichnet.

Aus alliierten Kreisen verlautete ferner, daß vor Dienstag keine Entscheidung darüber fallen wird, ob etwa besondere Schritte unternommen werden müssen, um das Zugangsrecht nach Berlin zu sichern. In der amerikanischen Bundeshauptstadt wird ein Protest der drei westalliierten Stadtkommandanten erwartet. In alliierten Kreisen wird in übrigen darauf verwiesen, daß direkte Schritte der Westalliierten bei den Behörden in Ostberlin nicht zur Debatte stehen, da der Gesprächspartner nach dem Viermächtestatus allein die Sowjetunion sei.

„Auf Vorwand gewartet“

Politische Beobachter in der französischen Hauptstadt halten es für möglich, daß die Maßnahmen der Ostberliner Regierung auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen einzelnen Ostblockstaaten und der Bundesrepublik zurückzuführen sind und daß Ostberlin angesichts einer Normalisierung der Beziehungen zwischen osteuropäischen Staaten und Bonn seine Souveränität unterstreichen will. Der erste Eindruck Londoner Regie-

rungskreise ist, daß die Behörden in Ostberlin möglicherweise auf einen Vorwand gewartet haben, um die Verbindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik weiter einzuziehen. In Washington wurde die neue Maßnahme der DDR-Regierung mit dem Hinweis beantwortet, daß zum überwiegenden Teil die Vertreter der Bonner Regierung ohnehin den Luftweg bei Reisen nach Berlin benutzten.

Fadenscheinig

In seiner regelmäßigen Ansprache über die Westberliner Rundfunksender erklärte Bürgermeister Schütz, Ostberlin habe wieder versucht, sich in den durch internationale Abmachungen der vier Mächte geregelten Berlinverkehr einzumischen. Die Begründung der Maßnahmen sei fadenscheinig und durchsichtig. Schütz erinnerte daran, daß Bundesinnenminister Benda wie Bundesaußenminister Brandt in Berlin seinen ersten Wohnsitz habe.

In einer am Sonnabend in Kraft getretenen Anordnung hat der Innenminister der DDR, Generaloberst Friedrich Dickel, den Ministern und leitenden Beamten der Bundesregierung „bis auf weiteres die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der DDR nach Westberlin“ verboten. Dickel berief sich, wie die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN berichtete, auf ein „rechtswidriges Eingreifen des Bundesinnenministers Ernst Benda in die Angelegenheiten der selbständigen politischen Einheit Westberlin“.

Sowjets koppeln zwei Satelliten

Bericht unserer Nachrichtendienste

MOSKAU

Die Sowjetunion hat einer amtlichen Mitteilung zufolge am Montag zum zweitenmal zwei unbemannte Raumflugkörper im Weltraum miteinander gekoppelt. Einer der beiden Flugkörper ist der am Sonntag vom Kosmodrom Baikonur gestartete Satellit Kosmos 212, der nach einer offiziellen Verlautbarung der Erprobung von Elementen und Systemen für Raum- und Luftfahrt dient. Ein ähnliches Koppelungsmanöver mit zwei Kosmos-Satelliten hatte die Sowjetunion im Oktober vergangenen Jahres erstmals durch Fernsteuerung erfolgreich ausgeführt.

Als Zeitpunkt der Koppelung vom Montag gab Radio Moskau 11.21 Uhr (MEZ) an. Später trennten sich die Satelliten wieder. Wie beim ersten Koppelungsversuch wurde das Experiment wieder über eine Fernsehkamera verfolgt, die zur Einrichtung des einen Raumflugkörpers gehörte.

Unterrichtete Kreise in Moskau kündigten am Montag an, daß die Sowjetunion schon bald die durch den tragischen Tod Komarows unterbrochene Reihe ihrer Flüge mit bemannten Raumfahrzeugen fortsetzen und möglicherweise die Begegnung und Koppelung bemannter Raumfahrzeuge auf Erdumlaufbahn erproben werde.

In einen Hinterhalt der Kommunisten geriet ein Lastkraftwagen der UNO-Streitkräfte in Korea, etwa 800 Meter südlich der Waffenstillstandslinie. Dabei wurden zwei amerikanische und zwei südkoreanische Soldaten getötet.

Die amerikanische Bundeskriminalpolizei hat eine Großfahndung nach dem Mann eingeleitet, dessen Wagen seit Freitag in Atlanta herumsteht. Nach Zeugenaussagen soll der Mörder Martin Luther King mit diesem Auto kurz nach dem Attentat in Memphis geflüchtet sein. Der Halter des Wagens soll Eric Starvo heißen, 37 Jahre alt und arbeitsloser Seemann aus Birmingham/Alabama sein.

Streikende Bordmechaniker der französischen Luftfahrtgesellschaft Air France haben zu Ostern den Flugverkehr stark behindert. Ein großer Teil der Flüge mußte bis Dienstag verschoben werden.

Der UNO-Beauftragte für den Nahen Osten, Jarring, soll eine vorläufige Friedenslösung ausgearbeitet haben, die von den Regierungen Jordaniens und Ägyptens angeblich mit Wohlwollen geprüft wird. Danach sollen sich die israelischen Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten zurückziehen, die entmilitarisiert bleiben sollen.

Ein kambodschanisches Kriegsschiff soll ein amerikanisches Marineflugzeug beschossen haben. Nach einer Meldung der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur „Neues China“ soll das Flugzeug den Luftraum Kambodschas verletzt haben.

Massenaufgebot der Polizei

Bericht unserer Nachrichtendienste

HANNOVER/FRANKFURT (M)/BERLIN

Die Bundesrepublik stand am Ostermontag wieder im Zeichen schwerer Auseinandersetzungen zwischen studentischen Demonstranten und der Polizei. Der Bundesvorstand des linksgerichteten Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) hatte für Montagabend eine neue Blockadeaktion gegen Druckereien, die für den Springer-Konzern drucken, in Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Berlin, München und Eßlingen angekündigt.

Nach einem relativ ruhigen Ostermontag, an dem es nur auf dem Berliner Kurfürstendamm zu schweren Ausschreitungen und einer Straßenschlacht zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen war, befürchteten die Behörden für Montagabend neue schwere Auseinandersetzungen. Die Polizei hatte bereits im Laufe des Montags umfangreiche Vorbereitungen zum Schutz der Druckhäuser und zur Abwehr der Demonstranten getroffen.

Die bis zum Vorgehen der Polizei gegen die Menge passiven Demonstranten in Frankfurt warfen sich den mit druckfrischen Zeitungen beladenen Lieferwagen in den Weg, zerschnitten die Reifen und zertrümmerten mit Baulatten die Aufbauten. Mehrere Wagen blieben auf den von Staub eingehüllten Straßen und Plätzen defekt liegen.

In den Straßen lieferten sich in der Zwischenzeit Gruppen von Demonstranten Einzelkämpfe mit den Beamten. Die Szene wurde hektisch. Das



EIN STARKES POLIZEIAUFGEBOT versuchte am Montag in Hannover, demonstrierende Studenten daran zu hindern, die Auslieferung der Bild-Zeitung wie am Freitagabend zu verzögern. Foto: Liebig

Dröhnen eines Hubschraubers, der ständig über den belagerten Straßenzügen kreiste, wurde übertönt vom lauten Aufschrei der Menge, wenn die berittene Polizei in Aktion trat.

Gummiknüppel

In Frankfurt setzte die Polizei neben Wasserwerfern berittene Beamte ein und machte von Gummiknüppeln Gebrauch. Die Demonstranten warfen Eier, Apfelsinen und Glasflaschen auf die Polizisten. Die Jugendlichen rollten teilweise auch Mülltonnen aus den Höfen und bildeten damit eine Mauer gegen die Wasserwerfer. Dabei wurden zahlreiche Demonstranten und Polizisten verletzt, einige davon schwer.

Nach Angaben eines Frankfurter Polizei-Oberrates ist bei der Demonstration ein junger Mann beobachtet worden, der mit einer Maschinenpistole auf eine Gruppe von Polizisten schießen wollte. Die Waffe versagte nach Angaben des Polizei-Oberrates jedoch, und die Kugel blieb im Lauf stecken.

Auch in Hamburg und in München rückten Jugendliche am Abend gegen die Springer-Häuser vor.

Ein schwerer Zwischenfall ereignete sich gleich zu Beginn der Demonstration vor dem Hamburger Springer-Haus. Als Demonstranten versuchten, den ersten Zeitungswagen des Springer-Verlages zu stoppen, gab der Fahrer Gas und fuhr einen jungen Mann an. Der Demonstrant wurde durch die Luft geschleudert und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Die Polizei hatte sämtliche Zufahrtsstraßen zum Springer-Haus mit Sperren und Stacheldrahtverhauern verbarrikadiert. Vor der Sperre hatten sich die Demonstranten teilweise auf dem Straßenpflaster niedergelassen. Die Wagen des Springer-Verlages waren dick mit Zeitungen „gepanzert“. Für die Fahrer hatte man nur schmale Sehschlitze gelassen.

In München ging die Polizei an verschiedenen Punkten gegen die stetig anwachsende Menge von Demonstranten in geschlossenen Einsätzen vor. Knapp zwei Stunden nach Beginn der Blockade meldete die Einsatzleitung bereits 20 Festnahmen.

Wasserwerfer

Auch in Hannover kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Es gab mehrere Verletzte. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein.

In der Nacht zum Sonnabend war es bei solchen Aktionen in diesen Städten zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten gekommen. Auf beiden Seiten gab es Verletzte, viele Demonstranten wurden festgenommen.

KURZ BERICHTET

Der Bundesluftschutzverband hat in allen großen Städten und Gemeinden mit einem neuen Selbstschutzprogramm begonnen. Dadurch soll der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, sich in 10-Stunden-Lehrgängen kostenlos über lebensrettende Sofortmaßnahmen zu unterrichten.



Tito

männer sollen sich dafür ausgesprochen haben, die Rolle der Vereinten Nationen zu stärken.

In einem gemeinsamen Kommuniqué haben Nordvietnam und die DDR die finanzielle, materielle, moralische und politische Unterstützung, die die Bundesrepublik Südvietnam gewähre, verurteilt. Das veröffentlichte eine nordvietnamesische Nachrichtenagentur zum Abschluß des Besuchs einer Delegation aus der DDR in Hanoi.

Mit dem Hinweis auf die politische Unruhe in der Bundesrepublik forderte der FDP-Politiker Prof. Ralf Dahrendorf am Montag in Berlin den sofortigen Rücktritt des Bundespräsidenten.

Kabinetts erörtert Studentenunruhen

ap BONN

Das Bundeskabinetts wird sich am Mittwoch in Bonn mit den Studentenunruhen der letzten Tage in der Bundesrepublik befassen. Wie von unterrichteter Seite am Montag verlautete, bilden die Ereignisse nach dem Anschlag auf Dutschke einen Hauptpunkt der ersten Kabinettsitzung mit Bundeskanzler Kiesinger nach Ostern.

Der Innenausschuß des Bundestages tritt ebenfalls am Mittwochmittag zu einer beratenden Sitzung zusammen. Der Innenausschußvorsitzende Schmitt-Vockenhausen (SPD) hatte die Sitzung beantragt, die von Bundestagspräsident Gerstenmaier auch umgehend genehmigt worden war. Vertreter der Bundesregierung und der Länderregierungen sollen bei dieser Sitzung ihre Ansichten zu den jüngsten Ereignissen darlegen.

Lotto

2 15 16 29 42 46 Zusatzzahl: 33

Olympiagewinnzahl

7171

Toto

Zwölferwette

2 2 2 2 0 1 0 1 2 0 2

6 aus 39

22 24 26 32 34 35 Zusatzspiel: 38
(Ohne Gewähr)